Ortsverband Nördlingen

Artikel vom 09.01.2019

Fachkräftesicherung

Studenten- und Azubiwohnungen für Nördlingen schaffen

Appartments für Studenten, Technikschüler und Azubis stärken den Ausbildungsstandort

Die CSU Nördlingen befasste sich kürzlich mit der Frage, wie dem zunehmenden Mangel an Fachkräften in Nördlingen begegnet werden könnte. „Die Stadt sollte unbedingt eine aktivere Rolle bei der Gewinnung von Fachkräften für unseren Standort einnehmen. Den jungen Menschen müssen echte Anreize und Vorteile geboten werden, damit sie sich für eine Ausbildung oder ein Studium hier vor Ort entscheiden", betonte der Ortsvorsitzende Steffen Höhn. Einen wichtigen Beitrag könnten nach Meinung der CSU günstige Studenten- und Azubiwohnungen bieten.

Seit über sechs Jahren hat sich die Möglichkeit, in Nördlingen zu studieren, zu einem wichtigen und festen Bestandteil der Fachkräftesicherung vor Ort entwickelt. Kreisrat Jörg Schwarzer berichtete, dass für das Jahr 2019 bereits über 30 Anfragen nach Studienplätzen in Nördlingen vorliegen. Zwischenzeitlich steigt auch das Interesse von Studenten, die von außerhalb der Region ein Studium in Nördlingen starten möchten. Genau hier muss die Stadt Nördlingen ansetzen und für die Studierenden in Nördlingen ein passendes Wohnangebot schaffen. „Mit der Garantie neben dem Studienplatz eine Unterkunft vor Ort zu erhalten, würde der Hochschulstandort Nördlingen eine deutliche Stärkung erfahren", so Steffen Höhn.

Die CSU hat neben der Hochschule aber auch die wichtigen Lehr- und Ausbildungsberufe im Fokus. Der Landkreis Donau-Ries hat ein Gutachten für den Bedarf an Wohnungen für Berufsschüler in Nördlingen und Donauwörth in Auftrag gegeben. Dieses muss um den Bedarf an der Hochschule erweitert werden. Darüber hinaus soll die Stadt in Verbindung mit der Baugenossenschaft ein Konzept über die Umsetzung und die möglichen Grundstücke erstellen. „Diese Wohnungen sollen neben den Studenten der Hochschule auch den kurzzeitigen Bedarf von Technikerschule oder Berufsschule, für Auszubildende der Kranken- und Altenpflegeberufe, der Bauinnung, des Gastronomiegewerbes oder Referendare decken", erklärte Stadträtin Maximiliane Böckh.